

- Nr. 29 Urteil v. 20. März 1952 (1 BvR 267/51). Verfassungsbeschwerde von Gemeinden und Gemeindeverbänden gegen Gesetze. Gesetz zur Regelung der Rechtsverhältnisse der unter Art. 131 GG fallenden Personen v. 11. 5. 1951 . . . . . 167
- Nr. 30 Urteil v. 20. März 1952 (1 BvL 12, 15, 16, 24, 28/51). Polizeiverordnungen betr. die sog. Volksbefragung gegen Remilitarisierung und für Friedensschluß 1951. Beschränkung der Normenkontrolle nach Art. 100 Abs. 1 GG auf Gesetze im formellen Sinn. Vorlage der Akten im Gerichts-, nicht im Verwaltungswege . . . . . 184
- Nr. 31 Beschluß v. 20. März 1952 (1 BvL 14/52). Beschränkung der Normenkontrolle nach Art. 100 Abs. 1 GG auf Gesetze im formellen Sinn . . . . . 202
- Nr. 32 Urteil v. 5. April 1952 (2 BvH 1/52). Schleswig-Holsteinisches Landeswahlgesetz v. 22. 10. 1951. Sachlegitimation politischer Parteien in Wahlrechtsstreitigkeiten. Bedeutung des Grundsatzes der Wahlrechtsgleichheit . . . . . 208
- Nr. 33 Beschluß vom 24. April 1952 (1 BvL 34/51). Unzulässigkeit der Einholung einer Entscheidung nach Art. 100 GG über die Vereinbarkeit einer Bestimmung der TOA mit dem GG . . . . . 261
- Nr. 34 Beschluß vom 24. April 1952 (1 BvR 36/52). Keine entsprechende Anwendung der Fristvorschrift des § 93 Abs. 3 BVerfGG bei Verfassungsbeschwerden gegen „sonstige Hoheitsakte“ . . . . . 263
- Nr. 35 Urteil vom 30. April 1952 (1 BvR 14, 25, 167/52). Gesetz zur Ordnung des Schornsteinfegerwesens vom 22. Jan. 1952. Nachprüfung der Zuständigkeit des Bundes zur Gesetzgebung von Amts wegen. Bedeutung des Gleichheitssatzes. Begriff des Eigentums im Sinne des Art. 14 GG . . . . . 264
- Nr. 36 Beschluß vom 15. Mai 1952 (1 BvQ 6/52). Normenkontrollverfahren betreffend Deutschlandvertrag und Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Ablehnung des Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung . . . . . 281
- Nr. 37 Urteil vom 20. Mai 1952 (1 BvL 3, 4/51). Badisches Ladenschlußgesetz vom 28. März 1951; Bremisches Gesetz über Ladenverkaufszeiten vom 18. Juli 1950 / 17. Oktober 1950. Anwendbarkeit des Art. 100 Abs. 1 GG auch dann, wenn ein Gericht die Gültigkeit eines Landesgesetzes im formellen Sinn wegen Widerspruchs mit einer Rechtsverordnung des Bundes verneint. Bedürfnis nach bundesgesetzlicher Regelung keine Voraussetzung für Fortgeltung einer Norm als Bundesrecht . . . . . 283
- Nr. 38 Urteil vom 21. Mai 1952 (2 BvH 2/52). Verteilung von Bundeswohnungsbaumitteln an die Länder. Formen der Einflußnahme der Länder auf die Bildung des Bundeswillens. Rechtspflicht zu bundesfreundlichem Verhalten . . . . . 299
- Nr. 39 Beschluß vom 28. Mai 1952 (1 BvR 213/51). Wirksamkeit von Zwangsverleihungen deutscher Staatsangehörigkeit im Zusammenhang mit den Annexionen durch das Deutsche Reich seit 1. Januar 1938 . . . . . 322



# ENTSCHEIDUNGEN DES BUNDESVERFASSUNGSGERICHTS

Herausgegeben  
von den  
Mitgliedern des Bundesverfassungsgerichts

BIBLIOTECA DE LA CONTE SUPREMA	
Nº DE ORDEN	76. 575
UBICACION	
FICHA MATERIA	2-10J

1. Band



1952

J. C. B. MOHR (PAUL SIEBECK) TUBINGEN

## INHALT

	Abkürzungsverzeichnis . . . . .	VII
Nr. 1	Beschuß v. 9. Sept. 1951 (2 BvQ 1/51). Neugliederung im Gebiet der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern gemäß Art. 118 GG („Südweststaat“): Aussetzung der Volksabstimmung durch einstweilige Anordnung . . . . .	1
Nr. 2	Beschuß v. 27. Sept. 1951 (1 BvR 121/51). Keine Geltendmachung von Schadensersatzansprüchen mittels Verfassungsbeschwerde . . . . .	3
Nr. 3	Beschuß v. 27. Sept. 1951 (1 BvR 61/51). Voraussetzungen der Verfassungsbeschwerde gegen rechtskräftige gerichtliche Entscheidungen . . . . .	4
Nr. 4	Beschuß v. 27. Sept. 1951 (1 BvR 70/51). Keine Verfassungsbeschwerde gegen auf Grund der Entnazifizierungsgesetze ergangene Entscheidungen . . . . .	5
Nr. 5	Beschuß v. 3. Okt. 1951 (1 BvR 103/51). Verfassungsbeschwerde gegen rechtskräftige Entscheidungen ordentlicher Gerichte: Umfang der Überprüfung durch das BVerfG . . . . .	7
Nr. 6	Beschuß v. 11. Okt. 1951 (1 BvR 23/51). Keine Verfassungsbeschwerde gegen nichtbeschwerdefähige gerichtliche Entscheidungen, die der Urteilsfällung vorausgehen . . . . .	9
Nr. 7	Beschuß v. 11. Okt. 1951 (1 BvR 95/51). Keine Verfassungsbeschwerde gegen Maßnahmen auf Grund Besatzungsrechts und gegen Maßnahmen ausländischer öffentlicher Gewalt . . . . .	10
Nr. 8	Beschuß v. 12. Okt. 1951 (1 BvR 41/51). Erschöpfung des Rechtswegs als Voraussetzung für die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde . . . . .	12
Nr. 9	Beschuß v. 12. Okt. 1951 (1 BvR 201/51). Erschöpfung des Rechtswegs als Voraussetzung für die Zulässigkeit der Verfassungsbeschwerde . . . . .	13
Nr. 10	Urteil v. 23. Okt. 1951 (2 BvG 1/51). Neugliederung im Gebiet der Länder Baden, Württemberg-Baden und Württemberg-Hohenzollern gemäß Art. 118 GG („Südweststaat“): Entscheidung in der Hauptsache . . . . .	14
Nr. 11	Beschuß v. 2. Okt. 1951 (2 BvG 1/51). Voraussetzungen für Ausschluß eines Richters von der Ausübung des Richteramts und für seine Ablehnung wegen Besorgnis der Befangenheit . .	66

Nr. 40	Urteil vom 13. Juni 1952 (1 BvR 137/52). Voraussetzungen für die Zulässigkeit der Vollstreckung eines sowjetzonalen Strafurteils in der Bundesrepublik . . . . .	332
Nr. 41	Urteil vom 15. Juli 1952 (1 BvB 1/51). Einstweilige Anordnung gegen die Sozialistische Reichspartei . . . . .	349
Nr. 42	Urteil vom 29. Juli 1952 (2 BvE 3/51). Petersberger Abkommen vom 22. Nov. 1949 kein Vertrag der Bundesrepublik mit auswärtigen Staaten i. S. von Art. 59 Abs. 2 GG . . . . .	351
Nr. 43	Urteil vom 29. Juli 1952 (2 BvE 2/51). Begriff und Wesen des Staatsvertrags, der die politischen Beziehungen des Bundes regelt oder sich auf Gegenstände der Bundesgesetzgebung bezieht, Art. 59 Abs. 2 GG. Deutsch-Französische Wirtschaftsabkommen vom 10. Febr. 1950 . . . . .	372
Nr. 44	Urteil vom 30. Juli 1952 (1 BvF 1/52). Normenkontrollverfahren betr. Deutschlandvertrag und Vertrag über die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Unzulässigkeit der Normenkontrolle vor Erlaß der Norm durch den Gesetzgeber . .	396
Nr. 45	Beschluß vom 10. Sept. 1952 (1 BvR 379/52). Beginn des Laufs der Frist zur Erhebung der Verfassungsbeschwerde gegen ein Gesetz, das rückwirkend in Kraft tritt . . . . .	415
Nr. 46	Beschluß vom 18. Sept. 1952 (1 BvR 612/52). Verfassungsbeschwerde gegen Strafurteil. Hess. Gesetz zur Ahndung nationalsozialistischer Straftaten vom 29. Mai 1946. Gleichheit vor dem Gesetz . . . . .	418
Nr. 47	Beschluß vom 18. Sept. 1952 (1 BvC 5/52). Antragsfrist für Wahlprüfungsbeschwerden . . . . .	430
Nr. 48	Beschluß vom 18. Sept. 1952 (1 BvR 49/51). Erhebung der Verfassungsbeschwerde durch Vertreter. Zeitpunkt der Einreichung der Vollmacht . . . . .	433
Nr. 49	Beschluß vom 10. Okt. 1952 (1 BvR 511/52). Kein Verstoß gegen Art. 101 GG bei Aburteilung eines in der Bundesrepublik wohnenden Deutschen wegen einer in der Bundesrepublik begangenen Straftat durch den in Berlin amtierenden 5. Strafsenat des Bundesgerichtshofs . . . . .	439
	Die Richter des Bundesverfassungsgerichts . . . . .	441
	Register . . . . .	443
	A. Gesetzesregister . . . . .	443
	B. Sachregister . . . . .	448

Nr. 12	Beschluß v. 24. Okt. 1951 (1 BvR 178/51). Begriff des „schweren und unabwendbaren Nachteils“ i. S. von § 90 Abs. 2 Satz 2 BVerfGG . . . . .	69
Nr. 13	Beschluß v. 25. Okt. 1951 (1 BvR 24/51). Geltung des Grundrechtsteils des Grundgesetzes in West-Berlin . . . . .	70
Nr. 14	Beschluß v. 13. Nov. 1951 (1 BvR 213/51). Erlaß einer einstweiligen Anordnung im Verfahren über Verfassungsbeschwerden . . . . .	74
Nr. 15	Beschluß v. 22. Nov. 1951 (PBvV 1/51). Gutachten des Plenums betr. Gesetz zur Durchführung von Art. 108 Abs. 2 GG . . . . .	76
Nr. 16	Beschluß v. 23. Nov. 1951 (1 BvL 14/51). Einholung einer Entscheidung des BVerfG im Verfahren nach Art. 100 GG nur durch das erkennende Gericht, nicht durch den Vorsitzenden allein . . . . .	80
Nr. 17	Beschluß v. 23. Nov. 1951 (1 BvR 208/51). Keine Verfassungsbeschwerde gegen allgemeine Verwaltungsvorschriften . . . . .	82
Nr. 18	Beschluß v. 27. Nov. 1951 (1 BvF 2/51). Verfahren betr. Feststellung der Nichtigkeit des Gesetzes über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950 v. 16. 3. 51: Ablehnung des Antrags auf Erlaß einer einstweiligen Anordnung . . . . .	85
Nr. 19	Beschluß v. 28. Nov. 1951 (1 BvR 166/51). Verfassungsbeschwerde eines mit Rücksicht auf seine querulatorische Veranlagung wegen Geistesschwäche Entmündigten . . . . .	87
Nr. 20	Beschluß v. 29. Nov. 1951 (1 BvR 257/51). Keine Verfassungsbeschwerde gegen ein Urteil des BVerfG oder gegen ein Gesetz, das durch Urteil des BVerfG für gültig erklärt worden ist . . . . .	89
Nr. 21	Beschluß v. 18. Dez. 1951 (1 BvR 222/51). Verfassungsbeschwerde gegen autonome Satzungen . . . . .	91
Nr. 22	Beschluß v. 19. Dez. 1951 (1 BvR 220/51). Voraussetzungen für Zulässigkeit einer Verfassungsbeschwerde gegen ein erlassenes Gesetz; kein Anspruch des einzelnen Staatsbürgers auf ein Handeln des Gesetzgebers . . . . .	97
Nr. 23	Beschluß v. 31. Jan. 1952 (1 BvL 16/51). Keine Beiordnung eines Pflichtverteidigers im Verfahren über Normenkontrolle auf Antrag eines Strafgerichts . . . . .	108
Nr. 24	Beschluß v. 31. Jan. 1952 (1 BvR 68/51). Bewilligung des Armenrechts im Verfahren über Verfassungsbeschwerden . . . . .	109
Nr. 25	Beschluß v. 15. Febr. 1952 (2 BvE 1/51). Befugnis des Bundestagspräsidenten zur Vertretung des Bundestags in Verfassungsstreitigkeiten . . . . .	115
Nr. 26	Urteil v. 20. Febr. 1952 (1 BvF 2/51). Gesetz über den Finanzausgleich unter den Ländern im Rechnungsjahr 1950 v. 16. 3. 51 . . . . .	117
Nr. 27	Urteil v. 6. März 1952 (2 BvE 1/51). Rechtsgültigkeit des § 96 der Geschäftsordnung des Bundestages v. 6. 12. 1951. Behandlung von Finanzvorlagen . . . . .	144
Nr. 28	Beschluß v. 6. März 1952 (1 BvO 1/51). Voraussetzungen für die Einholung einer Entscheidung über die Frage der Fortgeltung von Recht als Bundesrecht gemäß Art. 126 GG, § 89 BVerfGG . . . . .	162